



Projektland: Korea

Monatsbericht: September 2007

INHALT

- **Gipfeltreffen zwischen Nord- und Südkorea in Pjöngjang findet nun im Oktober statt**
- **Probleme bei der Kandidatenauswahl der neuen Vereinigten Demokratischen Partei (frühere Uri-Partei)**

- **Freihandelsverhandlungen der EU mit Südkorea gehen weiter**
- **Südkorea auf Platz 43 (von 180) beim Korruptionsindex von Transparency International**

- **Nordkorea bleibt auf Liste der Staaten, die die religiöse Freiheit unterdrücken**
- **Industriekomplex Gaesong ist trotz hoher Subventionen Verlustgeschäft für die meisten Firmen**

A. SÜDKOREA

Innenpolitische Lage in Südkorea

Der September war weiterhin durch den Präsidentschaftswahlkampf sowie durch das kommende innerkoreanische Gipfeltreffen Anfang Oktober bestimmt. Dabei konnte sich der Kandidat der oppositionellen Grand National Party, Lee Myung-Bak, weiterhin mit einem großen Vorsprung vor den verschiedenen Kandidaten der neuen Vereinigten Demokratischen Partei (UNDP), der Nachfolgepartei der Uri-Partei, halten. Allerdings stehen noch ungeklärte Vorwürfe wegen einer möglichen Verstrickung in einen Anlagebetrugsfall im Raum, die durch die Rückkehr eines der Beteiligten aus den USA, wohin er geflohen war, neue Nahrung erhalten könnten. Die UNDP kämpft derweil mit einer katastrophal verlaufenden Vorwahl, in der sich die Kandidaten, darunter der ehemalige Vereinigungsminister Chung Dong-Young und der ehemalige GNP-Kandidat Sohn Hak-kyu sowie der ehemalige Ministerpräsident Lee Hae-Chan gegenseitig Wahlbetrug vorwerfen.

Korea landete beim diesjährigen Corruption Perception Index der NGO Transparency International auf Platz 43 von 180 Ländern. Der CPI misst die Perzeption der Korruption im öffentlichen Sektor durch eine Umfrage bei Experten von multinationalen Unternehmen und internationalen Organisationen. Damit lag Korea fast unverändert. Sein Index lag deutlich unter dem der OECD-Staaten. Aus Asien haben Singapur (4.), Malaysia (6.), Hong Kong (13.), Japan (17.) sowie Macau und Taiwan (beide Platz 34) besser abgeschnitten. Die ersten drei Plätze gingen an Dänemark, Finnland und Neuseeland, während Somalia und Burma den schlechtesten Index aufwiesen.

Wirtschaftspolitische Aussichten und wirtschaftspolitische Lage in Südkorea

Die südkoreanische Regierung setzte ihre Bemühungen fort mit verschiedenen Ländern Freihandelsabkommen abzuschließen. Besonders der EU-Raum und der amerikanische Kontinent, speziell die USA und Kanada, sind Wunschpartner von Südkorea. Die

Ratifizierung des Abkommens mit USA steht jedoch aus, da man dem Abkommen skeptisch gegenüber steht. Da auch in den USA führende Politiker der Demokratischen Partei der Freihandelspolitik kritisch gegenüberstehen, ist das Schicksal des mit viel Aufmerksamkeit beachteten Abkommens noch unklar. Gerade mit der EU wäre ein Freihandelsabkommen recht interessant, da die Exporte in die EU-Länder in den letzten Jahren konstant gestiegen sind, während der Handel mit den USA beispielsweise weiter schwächer wurde. Von 2006 bis Juli 2007 sank der Anteil von 13,3 % auf 12,9%, im Gegensatz dazu war die EU zweitwichtigster Handelspartner nach China. Befürchtungen stehen allerdings im Raum, dass mit den Abkommen gerade der lokale Agrarsektor erheblich leiden könnte, damit verbunden gab es auch schon Proteste oder wurden angekündigt, falls weitere Abkommen geschlossen würden.

In der koreanischen Bankenwelt steht die Übernahme von einer der größten Banken, KEB, durch die britische HSBC an. Nachdem die Übernahme durch die Kookmin Bank (KB) gescheitert war, sieht es im Moment so aus, dass die HSBC erfolgreich sein könnte. Sie würde dann die Mehrheit über 51% von einer Investorgruppe übernehmen, die schon seit längerem versucht die Anteile abzugeben.

B. NORDKOREA

Innenpolitische Entwicklungen in Nordkorea

Nordkorea bleibt weiter auf der Liste der Staaten des US Außenministeriums, die systematisch die religiöse Freiheit unterdrücken, zusammen mit China, Iran, Burma, Eritrea, Saudi Arabien, Sudan und Usbekistan. Der „Report on International Religious Freedom“ wurde im September veröffentlicht. Darin werden Verhaftungen und Exekutionen von Untergrundchristen in Nordkorea kritisiert.

Wirtschaftliche Entwicklungen in Nordkorea

Die Sonderindustriezone Gaesong ist zwar das wichtigste innerkoreanische Vorzeigeprojekt, hat aber mit dem Problem zu kämpfen, dass die meisten der dort produzierenden Firmen (nach Medienangaben 80 Prozent oder 17 von 21 Firmen) Verluste machen, trotz der vollen Erschließung durch die Regierung. Der Grund dafür ist eine niedrige Arbeitsproduktivität in den meisten arbeitsintensiven Produktionsprozessen (z.B. im Textilbereich), die vor allem von den schwierigen Kommunikationsbedingungen und Regulierungen Nordkoreas herrührt. Um Gaesong am Leben zu erhalten, muss der südkoreanische Staat Verlustgarantien für Firmen abgeben und gleichzeitig Subventionen zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur zahlen. Die Regierung, die diese Aufwendungen als Investitionen in die Zukunft Koreas sieht, versuchte im September, die Kosten für die Elektrizitätsversorgung Gaesongs durch den südkoreanischen Monopolanbieter KEPCO als Teil der allgemeinen Elektrizitätskosten von der Allgemeinheit subventionieren zu lassen. Dabei geht es um jährlich 19,3 Mrd. Won (etwa 21 Mrd. US-\$), von denen z.B. im Jahr 2006 5,8 Mrd. Won als Subvention gezahlt wurden. Bisher wurden die Subventionen aus dem innerkoreanischen Kooperationsfond gezahlt. Die Elektrizität in Gaesong ist günstiger als in Südkorea selber, um weitere Firmen anzulocken.

C. INNERKOREANISCHE BEZIEHUNGEN UND DIE LAGE AUF DER KOREANISCHEN HALBINSEL

Der September stand ganz im Zeichen der Vorbereitungen des innerkoreanischen Gipfels sowie der sich abzeichnenden Nuklearvereinbarung bei den Sechs-Parteien-Gesprächen. Dabei gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen beidem: Es wird erwartet, dass eine Vereinbarung bei den Sechser-Gesprächen die Erfolgsaussichten des innerkoreanischen Gipfeltreffens stark erhöhen kann. Das Gipfeltreffen und der Fortgang der Sechs-Parteien-Gespräche werden der Inhalt eines Sonderberichts der HSS Korea sein.

Dr. Bernhard Seliger, Repräsentant